



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

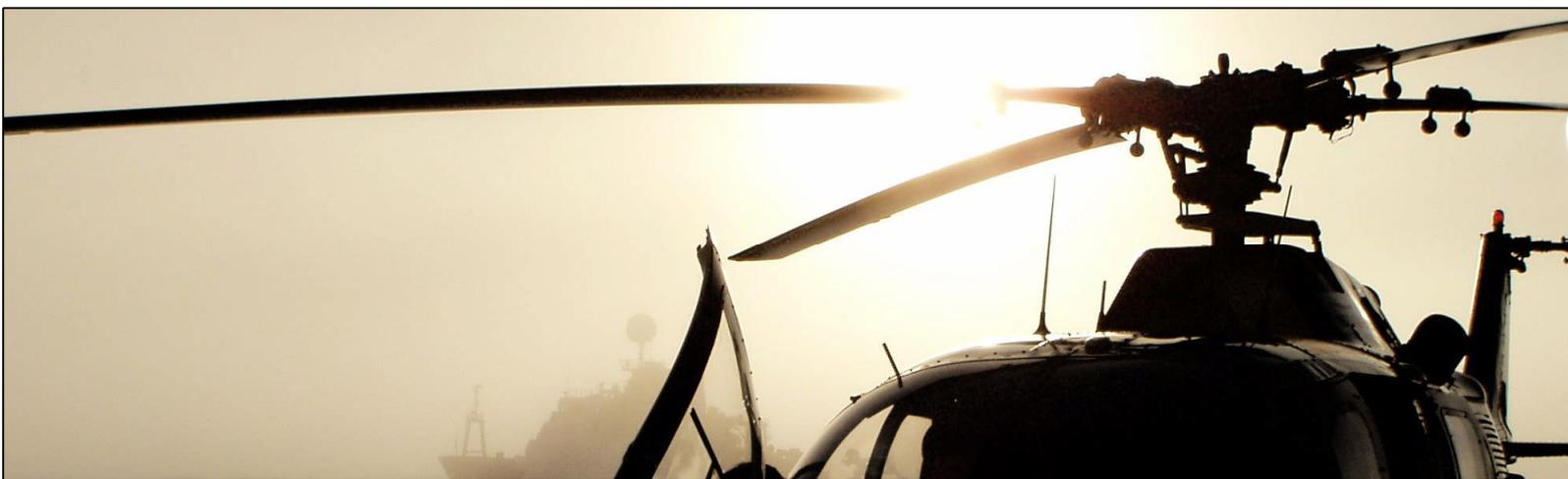
SPD



04. Dezember 2015

Inhalt

- 1. Der Kampf Europas gegen die Terrorgruppe ISIS**
- 2. Pariser Klimagipfel: Erderwärmung aufhalten als globale Herausforderung**
- 3. Energiewende vorantreiben: Vorrang für Erneuerbare**
- 4. Grundsatzpapier: „Jahrzehnt umfassender Gesellschaftspolitik“**



Der Kampf Europas gegen die Terrorgruppe ISIS

Der geplante Bundeswehreininsatz in Syrien ist Teil einer internationalen Verantwortung, der Deutschland nachkommen muss. Er ist völkerrechtlich und grundgesetzlich abgesichert und ein solidarischer Beitrag gegenüber Frankreich.

Die barbarischen Terroristen des IS dürfen nicht stärker werden und sich noch weiter im Nahen Osten ausbreiten, denn dies birgt erhebliche Risiken. Die Anschläge vom 13. November galten nicht nur Frankreich, sondern uns allen. Sie richteten sich gegen unsere Werte und unsere Art zu leben, gegen die freiheitliche Gesellschaft. Deshalb ist jetzt auch die Solidarität aller Europäer gefordert.

Das militärische Mandat (<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/12/2015-12-01-syrien-mandat-bundeswehr.html>) entspricht den Wünschen Frankreichs und wir können und müssen das leisten. Erstmals bittet ein europäisches Land um Unterstützung, jetzt sollten wir die ansonsten zwar fragile, aber gute deutsch-französische Partnerschaft nicht aufs Spiel setzen. Deutschland und Frankreich sind derzeit DIE „Stabilitätsanker“ in Europa. Aber auch aus Eigeninteresse müssen wir dabei helfen, den IS so zu schwächen, dass Angriffe - gerade auch in Europa - schwieriger werden.

Bereits der heutige Einsatz Deutschlands, die kurdischen Peschmerga-Kämpfer zu unterstützen, zeigt Erfolge. Die IS Terrormiliz wurde in Teilen Syriens zurückgedrängt und dorthin fließt dann finanzielle Unterstützung aus Deutschland, um die Lage dort zu stabilisieren. Gleichzeitig wird alles unternommen, um die Finanzströme des IS (insbesondere aus Menschenhandel und Erdöl) zu unterbrechen.

Wir teilen die Aussage unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier „mit Bomben und Raketen allein ist Terror nicht zu besiegen, das geht letztlich nur politisch. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in Wien endlich alle entscheidenden internationalen Akteure an den Verhandlungstisch gebracht haben.“ Denn ohne ein politisches Konzept ist ein Militärschlag nicht zu verantworten.

Es ist zwingend erforderlich, dass der politische Prozess weiter geführt wird, um zu einem dauerhaften Waffenstillstand zu kommen. Auf Betreiben von Frank-Walter Steinmeier sind Vertreter der sogenannten Syrien-Konferenz (darunter auch die Nachbarländer Syriens, Russland und die Türkei) bereits in Wien zusammengekommen. Ein nächstes Gespräch ist für Mitte Dezember in Saudi-Arabien geplant.

Trotz unsere Skepsis gegenüber einem militärischen Engagement gegen die Terrorgruppe ISIS haben wir uns in einem schwierigen Abwägungsprozess entschieden, dem Mandat der Bundesregierung zuzustimmen.

Pariser Klimagipfel: Erderwärmung aufhalten als globale Herausforderung

Die Erwartungen an die Ergebnisse des Klimagipfels von Paris sind enorm. Eine Erderwärmung von mehr als 2 Grad im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit gilt es zu vermeiden. Wir stehen vor enormen Herausforderungen! Der Klimawandel bedroht nicht nur die gesamte Menschheit, er verschärft bereits jetzt die Konkurrenz der Weltbevölkerung um knappe Ressourcen und verstärkt globale Fluchtbewegungen. Dennoch müssen die Verhandlungsführer verdeutlichen, dass die Weltgemeinschaft handeln kann, bevor die Folgen des Klimawandels unbeherrschbar werden.



Die Lage ist ernst und eine entschlossene Klimapolitik unabdingbar. Nur wenn es der Weltgemeinschaft gelingt, in Paris auch die Schwellenländer China und Brasilien, die einen hohen Anteil an den globalen CO² Emissionen haben, mit ins Boot zu holen, kann ein Wandel gelingen. Bis zum 11. Dezember sollen die Vertragsstaaten ein Nachfolgeabkommen für das im Jahr 2020 auslaufende Kyoto-Protokoll beschließen. SPD und Union haben in einem [Antrag](#) ihre klare und unmissverständliche Erwartungshaltung an die Ergebnisse des Pariser Gipfels formuliert. Als Vorreiter beim Klimaschutz senden wir damit ein selbstbewusstes und starkes Signal. Wir müssen in Paris zu einem rechtsverbindlichen Regelwerk kommen, dass für alle Staaten gleichermaßen gilt. Die Ziele, die wir uns heute stecken, dürfen auch nicht schon wieder morgen Makulatur sein. Es muss eine Kontrolle der Umsetzung und Überprüfungen geben!

Energiewende vorantreiben: Vorrang für Erneuerbare

Am Donnerstagabend haben wir in abschließender [2./3. Lesung im Bundestag das Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus](#) beschlossen. Damit steht der Vorrang der Erdverkabelung im Gleichstromleitungsbau nun im Gesetzestext und dies auch und gerade für die große Gleichstromtrasse SuedLink. Die gemeinsame Arbeit der zahlreichen Bürgerinitiativen und der SPD-Bundestagsabgeordneten entlang der SuedLinktrasse, die von Anfang an für die Erdverkabelung gekämpft haben, trägt damit „Früchte“.

Ein weiterer wesentlicher Baustein der Energiewende, den wir diese Woche abschließend beraten, ist die [Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung \(KWK\)](#). Mit dieser Technologie wird Wärme, die bei der Stromerzeugung als Nebenprodukt entsteht, für Heizzwecke genutzt (z.B. Fernwärme) bzw. Strom, der im Industriebereich als Nebenprodukt der Prozesswärme entsteht, genutzt und so der Nutzungsgrad der eingebrachten Rohstoffe erhöht. Diese umweltfreundliche Technologie soll in Deutschland künftig einen höheren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Um diesem Ziel näher zu kommen, und KWK als Baustein der Energiewende zu etablieren, haben wir uns als hessische SPD-Bundestagsabgeordnete dafür eingesetzt, dass zunächst der Erhalt der bestehenden Anlagen durch eine Förderung gesichert wird, da vielen Anlagen aufgrund des niedrigen Strompreises die Stilllegung droht. Auch die weiteren Forderungen, die in unserem Beschluss der hessischen SPD-Landesgruppe gefordert wurden, konnten umgesetzt werden.

Der Zeitraum der Förderung wird gegenüber dem Regierungsentwurf um zwei Jahre auf 2022 verlängert. Damit sich auch ein Ausbau dieser Technologie wieder rechnet, werden insbesondere neue Gas-KWK-Anlagen sowie der Umstieg von Kohle auf Gas-KWK besser gefördert. Um Fehlanreize zu vermeiden, wird KWK-Technologie dort, wo sie auch ohne Förderung wirtschaftlich wäre, nicht mehr unterstützt. Dies betrifft insbesondere selbst verbrauchten KWK-Strom aus größeren Anlagen. Wir wollen jedoch im Rahmen einer Evaluierung 2017 prüfen, wie sich die Situation aller KWK-Anlagen entwickelt. Darüber hinaus sind wir sehr froh, dass wir im parlamentarischen Verfahren unsere Forderung durchsetzen konnten, dass Mieterstrom weiterhin gefördert wird.

Grundsatzpapier: „Jahrzehnt umfassender Gesellschaftspolitik“

Geballte Frauenpower steckt hinter dem neuen Grundsatzpapier der SPD. Die Ministerinnen für Arbeit, Familie, Bauen und Integration – Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Barbara Hendricks und Aydan Özoguz – formulieren gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer ein neues Investitionspaket für Deutschland unter dem Titel [„Neustart in Deutschland: Für ein Jahrzehnt umfassender Gesellschaftspolitik“](#).

Die Spitzenpolitikerinnen machen sich darin für einen „Integrationsplan Deutschland“ stark und setzen neue Akzente für Wachstum, Bildung, Kinderbetreuung und Integration. Gerade bei letzterem geht es jetzt um elementare Weichenstellungen. Wenn wir bei der Integration scheitern, wird uns das teuer zu stehen kommen.

Die Impulse, die von dem Papier ausgehen sollen, betreffen unter anderem ganz konkret die Situation der Kinderbetreuung in unserem Land. Es muss mehr Kita-Plätze geben und das Ganztagsschulangebot muss massiv ausgeweitet werden. Dazu soll das sogenannte Kooperationsverbot im Grundgesetz für den Bereich Bildung abgeschafft werden, damit Bund und Länder zukünftig gemeinsam für die Finanzierung von Schulen und Kitas zusammenarbeiten. Die Politikerinnen sehen einen zusätzlichen Bedarf von 80.000 Kita-Plätzen und 20.000 Erzieherinnen und Erziehern.



Notwendig sind Ideen für neue Job-Chancen. Langzeitarbeitslosen sollen neue Aussichten auf einen eigenen Job eröffnet werden und Zuwandern sollen Sprachkurse und Hilfen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt gewährt werden. Auch sollen bereits vorhandene Qualifikationen schneller anerkannt werden.

Kräftige Investitionen fordern die SPD-Politikerinnen auch für deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum. Jedes Jahr sollen bis zu 400.000 neue Wohnungen zur Verfügung stehen.

Insgesamt rechnen die Autorinnen mit zusätzlichen Investitionen von rund 5 Milliarden Euro. Und wir teilen ihre Gewissheit: Investieren wir nicht, werden die Folgekosten weitaus höher sein!

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia